



DPoIG-Landesvorstand

Landespolizeipräsident bei der ersten Vorstandssitzung des DPoIG-Landesvorstandes

Aus erster Hand wollte sich der Landesvorstand der DPoIG informieren. Aus diesem Grund besuchte der Landespolizeipräsident Felix Paschek die erste Landesvorstandssitzung der DPoIG Hessen 2026.

Das Jahr fängt ja gut an. Denn schon am 2. Januar ging es für den DPoIG-Landesvorstand in die erste Sitzung mit hochrangigem Besuch. Landespolizeipräsident (LPP) Felix Paschek besuchte die Landesgeschäftsstelle und nahm an der ersten Vorstandssitzung teil. Für eine Stunde stellte er sich den Fragen der Vorstandsmitglieder.

P25 und S25 wurden schnell Thema

Natürlich kam man schnell zum Thema P25 und S25. Beschwerdelagen aus der Praxis und persönliche Schicksale kamen zur Sprache. Mit klarer Überzeugung verteidigte Herr Paschek das Gesamtkonzept der Projekte. Dennoch gab er zu, dass es nicht überall rundläuft. Kommunikation ist gerade in einem so sensiblen Thema, wo es um Arbeitsplätze, Dienstorte und Tätigkeiten geht, besonders wichtig. Auch eine Verbesserung der begleitenden Kommunikation wurde angesprochen. Das Ziel, einen Gleichklang der Kriminalitätsbekämpfung in ganz Hessen zu haben und gleiche Standards im ganzen Land zu haben, war dem LPP wichtig. Ebenso ergeben sich für ihn aus Zentralisierungen Synergieeffekte. Dass die Rechte und Bedürfnisse der Mitarbeitenden nicht nur Beachtung finden, sondern priorisiert in den Fokus gestellt werden müssen, war klares Anliegen der DPoIG-Funktionäre.

IMPRESSUM

Redaktion:
Alexander Schuster (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Dwight-D.-Eisenhower-Str. 9
65197 Wiesbaden
Tel.: 0611.97454404
Fax: 0611.97454406
E-Mail: schuster@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.

Schichtmodell zwölf Stunden oder nicht

Im Projekt S25 ist das Schichtdienstmodell ein großer Aufreger. Felix Paschek ließ klar erkennen, dass S25 sich nicht nur mit dem Schichtdienstmodell befasst, sondern viel umfangreicher ist. Aber genau hier hat die



LPP bei der Vorstandssitzung der DPoIG

DPoIG eine eindeutige Meinung. Die Beschäftigten müssen für ihre örtlichen Gegebenheiten selbst entscheiden, in welchem Schichtdienstmodell sie arbeiten wollen. Die aktuellen IZEMA-Regeln sehen das auch so vor, hier sieht die DPoIG keinen Änderungsbedarf.

Weitere Themen stehen noch an

Weitere Themen wie die Verwaltungsvorschrift zur Wachpolizei, bei der die DPoIG mit ihrem Fachverband aktuell stark engagiert ist, wurden ebenfalls angesprochen. Aufgrund der knappen Zeit musste der weitere Austausch auf eine Landesvorstandssitzung in der nahen Zukunft verschoben werden. Der direkte Austausch wurde von allen Beteiligten als sehr konstruktiv angesehen und soll fortgeführt werden.

DPoIG im Landtag

Austausch mit Innenpolitikerinnen und -politikern der SPD-Fraktion

Ins Gespräch kommen, im Gespräch bleiben, um Veränderungen herbeizuführen. Unter diesem Motto sucht die DPoIG immer wieder den Austausch mit den Fraktionen im Hessischen Landtag.

Mit einer Abordnung des Landesvorstandes besuchte die DPoIG Hessen die SPD-Innenpolitikerinnen und -politiker im Hessischen Landtag. Bei einem über zwei Stunden andauernden Gespräch tauschte man sich über die aktuelle Lage und die Problemstellungen bei der Polizei in Hessen aus.

Für die DPoIG waren Alexander Glunz (Landesvorsitzender), Manuel Stoll (1. stellvertretender Landesvorsitzender), Tanja Maruhn (stellvertretende Landesvorsitzende), Guido Dersch (Landestarifbeauftragter) und Alexander Schuster (Landesredakteur) in den Landtag gekommen.

Vertrauen wurde verspielt

Keinen Hehl machten die DPoIG-Funktionäre daraus, dass die SPD noch als Oppositionspartei an der Seite der DPoIG die sofortige Herstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung gefordert hat, als Regierungspartei hier aber nicht ins Handeln kommt. Auch die Diätenerhöhung für die Landtagsabgeordneten, die gleichzeitig die Besoldungserhöhung der Beamten um vier Monate nach hinten verschoben haben, machte die DPoIG zum Thema. Besonders der damit verbundene Vertrauensverlust in den Dienstherrn lastet schwer bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hessen.

Ängste und Probleme werden wahrgenommen

Sehr offen zeigten sich Lisa Gnadl, Cirsten Kunz-Strueder und Sebastian Sack als SPD-Innenpolitikerinnen und -politiker bei dem Thema Projekte in der Polizei. Die mit den Projekten einhergehende Unsicherheit und Angst konnten die Mitglieder des Landtages nachvollziehen. Auch die Themen Zwölf-Stunden-Schichtmodell und Belastung im Wechselschichtdienst kamen zur Sprache.

DPoIG legt konstruktiven Vorschlag vor

Hier wurde vonseiten der DPoIG der Vorschlag einer Anpassung der Wochenarbeitszeit im Schichtdienst gemacht, der den Belastungen entgegenwirkt und der Gesunderhaltung Rechnung tragen würde. Eine Wiederherstellung der 38,5-Stunden-Woche, wie sie in der Vergangenheit vor der Aktion „Sichere Zukunft“ unter CDU-Ministerpräsident Roland Koch die Regel war und auch heute noch in der freien Wirtschaft häufig vorkommt, wäre für den Schichtdienst eine gute Möglichkeit, Belastungen auszugleichen.



© DPoIG Hessen (2)

Lisa Gnadl (parlamentarische Geschäftsführerin SPD), Alexander Glunz (DPoIG-Landesvorsitzender), Guido Dersch (DPoIG-Tarifbeauftragter), Manuel Stoll (1. stellvertretender DPoIG-Vorsitzender), Sebastian Sack (SPD), Tanja Maruhn (stellvertretende DPoIG-Vorsitzende), Alexander Schuster (DPoIG-Landesredakteur), Cirsten Kunz-Strueder (SPD) (von links)

Tarifverhandlungen stehen bevor

Die anstehenden Tarifverhandlungen in Hessen als auch verschiedene Forderungen die Wachpolizei betreffend waren genauso Thema wie der Polizeinachwuchs und die kommunalen Vollzugsbediensteten. Dass der Polizeiberuf an Attraktivität eingebüßt hat und es für viele Bewerber eben nur noch ein Beruf und keine Berufung mehr ist, liegt auch an den Rahmenbedingungen. Hier ist die klare Forderung der DPoIG, dass planbare Dienstzeiten ebenso dazugehören wie eine gute und verfassungsgemäße Bezahlung. Deshalb muss das Land Hessen, das nicht mehr Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist, bei den nächsten Tarifverhandlungen zeigen, dass man es besser kann. Und dass Hessen ein attraktiverer Arbeitgeber ist, der als Konkurrenz zu Bundes- oder Kommunalbehörden anzusehen ist. Die Forderungen der DPoIG und des dbb liegen auf dem Tisch. Es ist Zeit, verspieltes Vertrauen wieder aufzubauen und den Beschäftigten nicht nur Wertschätzung in Worten, sondern auch in Taten entgegenzubringen.

Weitere Gespräche sind notwendig

Am Ende des Gespräches einigte man sich auf eine baldige Fortsetzung, um die genannten und noch weitere Themenfelder schnellstmöglich einer Problemlösung zuzuführen.



Die DPoIG-Abordnung im Gespräch im Landtag

DPoIG vor Ort

Antrittsbesuch beim Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiiums Frankfurt am Main

DPoIG Frankfurt im Gespräch mit Polizeipräsident Müller

Im Rahmen eines Antrittsbesuchs wurden DPoIG-Hessen-Vertreter durch den Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiiums Frankfurt am Main, Herrn Stefan Müller, und seinen Vertreter, Herrn Bodo Koch, empfangen. Für die DPoIG nahmen der Landesvorsitzende Alexander Glunz, der 1. stellvertretende Landesvorsitzende Manuel Stoll, der Landestarifbeauftragte Guido Dersch sowie ein Beisitzer des Landesvorstandes, Fabio Vittoria, teil.



Fabio Vittoria (Beisitzer DPoIG-Vorstand), Manuel Stoll (1. stellvertretender DPoIG-Vorsitzender), Bodo Koch (Polizeivizepräsident Frankfurt), Alexander Glunz (DPoIG-Landesvorsitzender), Stefan Müller (Polizeipräsident Frankfurt), Guido Dersch (DPoIG-Tarifbeauftragter) (von links)

Der Austausch war geprägt von einem offenen, sachorientierten und konstruktiven Dialog. Ein zentraler Gesprächspunkt war der Themenkomplex rund um das 1. Polizeirevier in Frankfurt am Main. Herr Müller stellte in diesem Zusammenhang verschiedene Maßnahmen vor, die darauf abzielen, die Attraktivität des Reviers innerhalb der Belegschaft nachhaltig zu steigern. Diese Ansätze wurden von der DPoIG ausdrücklich zur Kenntnis genommen und positiv bewertet.

Im Hinblick auf Beamtinnen und Beamte, die mit Vorwürfen konfrontiert sind, betonte die DPoIG nochmals nachdrücklich die uneingeschränkte Geltung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung. Diese gilt für jede Person, bis eine Schuld rechtskräftig festgestellt ist. Übereinstimmend wurde hervorgehoben, dass eine enge, verantwortungsvolle und fürsorgliche Betreuung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen von besonderer Bedeutung ist.

Seit Generationen an deiner Seite.

FAMK steht für Erfahrung, Tradition und Verständnis für den Polizeiberuf. Wenn es um Krankenversicherung und Beihilfe geht, vertrauen hessische Beamte seit Jahren auf unser spezielles Know-how.


Eine Marke der INTER Versicherungsgruppe



Jetzt informieren.

INTER Krankenversicherung AG
Hansaallee 154 • 60320 Frankfurt am Main
T 069 97466-0 • famk@inter.de
www.inter.de/famk



Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den Projekten S25 und P25 und deren Umsetzung im Polizeipräsidium Frankfurt am Main. Herr Müller äußerte die Hoffnung, dass die Umsetzung in Bezug auf S25 auf der Freiwilligkeit der Bediensteten basiert und diese eine gewisse Offenheit zur Erprobung alternativer Schichtmodelle zum Ausdruck bringen. Insgesamt bewertet er dieses Themenfeld als ruhig und ohne zeitlichen und organisatorischen Druck. Hinsichtlich P25 führte Herr Müller aus, dass der Prozess nach seiner Wahrnehmung bislang unauffällig verlaufe. Zugleich stellte er klar, dass die Rahmenbedingungen im Polizeipräsidium Frankfurt am Main aufgrund seiner besonderen Struktur nicht unmittelbar mit denen der Flächenpräsidien vergleichbar sind. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Bedeutung einer klaren, transparenten und kontinuierlichen Kommunikation gelegt, die maßgeblich für eine erfolgreiche Einbindung der Bediensteten ist.

Auch das Thema Wachpolizei wurde im Gespräch aufgegriffen. Derzeit befindet sich eine neue Verwaltungsvorschrift in der Erarbeitung. Einigkeit bestand darüber, dass die Attraktivität dieses Berufs-

bildes nicht beeinträchtigt werden darf. Bereits umgesetzte Neustrukturierungen, insbesondere die Einführung einer Tagdienstkomponekte sowie Anpassungen auf der mittleren Führungsebene, wurden dargelegt und erläutert.

Abschließend brachte die DPoIG Hessen ihre Erwartung und ihr Vertrauen zum Ausdruck, dass Herr Müller seine umfangreiche und langjährige Erfahrung aktiv in relevante Gesprächs- und Entscheidungsprozesse einbringt. Seine jahrelange Tätigkeit als Polizeipräsident in unterschiedlichen Behörden verleiht seiner fachlichen Einschätzung ein besonderes Gewicht. Die DPoIG verbindet damit die Hoffnung, dass innerhalb der Polizei wieder verstärkt klare Strukturen, Ruhe und Stabilität einkehren und der polizeiliche Kernauftrag nachhaltig gestärkt wird. Selbstverständlich, ohne sich vor zukunftsorientierten Veränderungsprozessen zu verschließen.

Manuel Stoll,

1. stellvertretender Landesvorsitzender

JUNGE POLIZEI

Willkommen in der Polizeifamilie Studienstart an der HÖMS

Im Februar begann für über 300 neue Kolleginnen und Kollegen der Berufsstart bei der Polizei in Hessen.

Jeden Februar und jeden September sind Einstellungstermine und zugleich der Start ins Studium an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HÖMS).

„Willkommen in der Polizeifamilie!“, wollten wir zu über 300 neuen Kolleginnen und Kollegen an den vier Studienstandorten in Kassel, Gießen, Mühlheim am Main und Wiesbaden sagen.

Leider waren es nicht ganz so viele. Aus verschiedensten Gründen haben sich erstaunlich viele junge Menschen dazu entschieden, ihre zugesagte Einstellung bei der Polizei Hessen nicht anzutreten. Dennoch freuen wir uns über jede neue Studierende und jeden neuen Studierenden.

Begrüßt wurden die neuen Studierenden unter anderem von vielen freundlichen DPoIG-Kolleginnen und -Kollegen, die an den Infoständen schon auf sie warteten. Viele Informationen prasselten in den ersten Tagen auf die Studierenden ein. Eine kleine Hilfestellung gab da die Infokladde der DPoIG, in der alle wichtigen Infos in Sachen Gewerkschaft und Kooperationspartner aufgeführt waren.

Mit der DPoIG an der Seite kann beim Start ins Studium fast nichts mehr schiefgehen. Beste Absicherung in vielen Bereichen, einen Rechtsschutz, der seinesgleichen sucht, günstigste Beiträge bei tol-



In Mühlheim ging es schon früh los.

Die Räumlichkeiten in Gießen waren noch im Umbau, dennoch stand die DPoIG bereit.



In Wiesbaden stand ein großes Team zur Begrüßung bereit.



In der Kantine in Kassel war die DPoIG gut vertreten.

len Leistungen, Zugehörigkeit zum Deutschen Beamtenbund (dbb) und Kooperationspartner mit erheblichen Vorteilen zeichnen die DPoIG aus. Die Debeka (Deutsche Beamten-Krankenversicherung) als eine der größten privaten Krankenkassen ist ebenso Kooperationspartner der DPoIG wie das Deutsche Maklerforum (DMF) oder die BBBank. Über die dbb vorteilswelt oder die DPoIG Service GmbH erhalten die jungen Studierenden bei verschiedensten Produkten und Leistungen Vergünstigungen und Vorteile, ohne weitere Kosten. Wir wünschen den Studierenden einen guten Start ins Studium mit der DPoIG an ihrer Seite.



Auf der DPoIG-Geschäftsstelle werden fleißig Kladden gepackt.

© DPoIG Hessen (5)